



HESSISCHER LANDTAG

06.02.2020

HHA

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/2090 zu Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **Streichung Mittel zur Umsetzung von Hessendata und Trojaner**

Einzelplan **03** Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Polizeibehörden
Buchungskreis: 2290

Produktnummer lt. Leistungsplan 1-4

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

	von	Veränderung um	auf
Leistungsplan:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	1.824.543,5	-10.000,0	1.814.543,5
Produktabgeltung	1.790.695,7	-10.000,0	1.780.695,7

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Eine Änderung des Polizeigesetzes aus dem Jahr 2018 erlaubt es der Polizei, Telefone und Computer von Bürgerinnen und Bürgern vollständig zu überwachen, im Hintergrund zu durchsuchen und hierfür auch unerkannt Software auf Geräten und Computern zu installieren. Diese sogenannten Staatstrojaner sind sowohl aus Bürgerrechts- und Datenschutzgründen, wie auch aus Bedenken der IT-Sicherheit so hoch umstritten, dass sie bei der entsprechenden Anhörung der Gesetzesänderung im Landtag von zahllosen Sachverständigen entschieden abgelehnt wurden. DIE LINKE teilt diese Bedenken und lehnt die Nutzung von sogenannten Staatstrojanern ab. Auch die neue polizeiliche Analyse-Software "Hessendata" war im Landtag

hoch umstritten, ihre Anschaffung führte sogar zur Einsetzung des sogenannten "Palantir-Untersuchungsausschusses". Die weiteren Mittelерhöhungen im Landeshaushalt lehnt DIE LINKE deshalb ab.

Wiesbaden, 6.2.2020

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler